



Die Beziehungen zwischen der Türkei und den USA

Spannungen und Perspektiven

GÖNÜL TOL
Juni 2018

- Die türkisch-amerikanischen Beziehungen stecken in einer ihrer bislang turbulentesten Phasen.
- Die größten treibenden Kräfte der Krise sind divergierende regionalpolitische Interessen, der gescheiterte Putschversuch in der Türkei und der autoritäre Schwenk des Landes.
- Traditionell haben die regierenden Mitte-Rechts-Parteien und das türkische Militär engere Bindungen an die USA stets gefördert und Wogen in den Beziehungen geglättet. Das tun sie heute nicht mehr.
- Vorbei sind die Zeiten der »Modellpartnerschaft«; beide Parteien scheinen sich mit Beziehungen auf rein transaktionaler Ebene abgefunden zu haben.

Es sah gut aus für das Verhältnis zwischen der Türkei und den USA, als Präsident Barack Obama 2009 seine historische Rede vor dem türkischen Parlament hielt und damit in der türkischen Hauptstadt seine Kampagne zur Aussöhnung der Vereinigten Staaten mit der muslimischen Welt begann. Der Konflikt in Syrien jedoch versetzte der von Präsident Obama als »modellhaft« (CNN 2009) bezeichneten Partnerschaft einen herben Rückschlag: Ankara beklagte sich über Washingtons geringe Bereitschaft, in Syrien eine energischere Strategie zum Sturz des Assad-Regimes zu verfolgen; Washington seinerseits war der Meinung, der NATO-Verbündete trage zu wenig zum Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) bei.

Diese nicht erfüllten Erwartungen führten in den USA zu einer Entscheidung, die auf Jahre hinaus Sprengstoff für das bilaterale Verhältnis bergen sollte: 2014 beschloss die Regierung Obama, die in Nordsyrien gegen den IS kämpfenden kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) aus der Luft mit Waffen zu versorgen. In der Türkei gilt diese Organisation als terroristische Vereinigung. Seit diesem Zeitpunkt befinden sich die Beziehungen auf einer Abwärtsspirale.

Syrien-Konflikt versetzt Beziehungen zwischen Türkei und USA einen Rückschlag

Der Syrien-Konflikt birgt das größte Konfliktpotenzial für das türkisch-amerikanische Verhältnis. Die Spannungen über unterschiedliche Prioritäten in Syrien spitzten sich zu, als die US-Regierung beschloss, die YPG für den Kampf gegen den IS in der nordsyrischen Stadt Kobani zu bewaffnen. Für die Türkei jedoch lag die gefährlichste Auswirkung des Syrien-Konflikts in einem Wiedererstarken der PKK. Nachdem die Türkei sich dem Lager der Assad-Gegner angeschlossen hatte, gab das Assad-Regime den Kurden freie Hand, einschließlich der Erlaubnis, ungehindert zu operieren und in den kurdischen Regionen Syriens pseudostaatliche Aufgaben zu übernehmen (Tol 2014). Vor diesem Hintergrund wertete die türkische Regierung den amerikanischen Vorstoß zur Bewaffnung der YPG als Schlag ins Gesicht.

2015 verlagerte Ankara angesichts inländischer wie regionaler Entwicklungen den Schwerpunkt vom Regimewechsel zur Terrorbekämpfung. Im Sommer 2015 unternahm der IS einen Anschlag auf ein Kulturzentrum

in einer türkischen Stadt nahe der Grenze zu Syrien, wodurch mindestens 30 Menschen getötet und über 100 verletzt wurden. Dies war der erste Massenanschlag der Terrorgruppe auf Zivilistinnen und Zivilisten in der Türkei und das bis dato schwerste Übergreifen tödlicher Gewalt aus dem syrischen Bürgerkrieg. Einige Tage später zerbrach ein zweijähriger Waffenstillstand zwischen der Türkei und der PKK; gleichzeitig nahm die YPG Grenzstädte ein und begann, ihre zuvor versprengten Einflussgebiete miteinander zu verbinden (Tol 2017).

Um dieser als existenziell wahrgenommenen Bedrohung zu begegnen, marschierten türkische Streitkräfte 2016 in Syrien ein. Die Intervention der Türkei richtete sich dabei ebenso sehr gegen die territoriale Ausbreitung der US-gestützten kurdischen Milizen wie gegen den Islamischen Staat. Die türkische Militäroperation führte zu Zusammenstößen zwischen der Türkei und von ihr unterstützten Kräften einerseits sowie den Kurden andererseits, was Washington angesichts des bevorstehenden Vorstoßes zur Rückeroberung der IS-Hochburg Raqqa Sorge bereitete.

Der zweite militärische Vorstoß der Türkei in Syrien belastete das ohnehin mittlerweile prekäre türkisch-amerikanische Verhältnis weiter. Nachdem die USA angekündigt hatten, zur Sicherung der syrischen Grenzen zur Türkei und zum Irak in von Kurden gehaltenen Gebieten eine kurdische Streitkraft von 30.000 Soldaten zu schaffen, startete die Türkei Anfang 2018 eine militärische Operation in der nordwestlichen kurdischen Enklave Afrin (Perry/Coskun 2018). Die Vereinigten Staaten äußerten Bedenken, der türkische Vorstoß könne den Kampf gegen den IS gefährden, da die YPG damit begann, ihre Streitkräfte abzuziehen, um die kurdischen Kräfte in Afrin gegen die Türkei zu unterstützen. Einen weiteren Höhepunkt erreichten die Spannungen, als Präsident Erdoğan ankündigte, dass die Türkei die YPG-Milizen auch aus dem östlich von Afrin gelegenen Manbij vertreiben würde, wo etwa 2.000 amerikanische Streitkräfte stationiert waren. Ankara rief Washington auf, sich aus der Stadt zurückzuziehen, was Washington jedoch ablehnte: Trotz der türkischen Warnungen verkündete der Befehlshaber des *United States Central Command* (CENTCOM), General Joseph Votel, die Vereinigten Staaten hätten nicht die Absicht, die nahe der Stadt stationierten Streitkräfte abzuziehen. Potenziell hätte dies erstmalig zu einem bewaffneten Konflikt zwischen zwei NATO-Verbündeten führen können.

Der Türkei-Besuch des früheren US-Außenministers Rex Tillerson im Februar schien die Spannungen etwas beruhigt zu haben; Tillersons Entlassung hat die Bemühungen um eine Lösung der amerikanisch-türkischen Krise jedoch wieder konterkariert. Der scheidende Außenminister galt als treibende Kraft im Abbau von Spannungen und war bekannt als Befürworter einer Strategie der Kooptation statt Konfrontation gegenüber der Türkei. Präsident Donald Trumps neuer Außenminister Mike Pompeo verfolgt dagegen einen harten außenpolitischen Kurs und ist kein großer Anhänger des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan. In einem Tweet am Tag nach dem gescheiterten Staatsstreich in der Türkei im Jahr 2016 bezeichnete der damalige Kongressabgeordnete Pompeo die Türkei unter Präsident Erdoğan als »totalitäre islamistische Diktatur«. Ankara treibt die Sorge um, dass Pompeo mit seinem militärischen Hintergrund die vom Pentagon betriebene Politik einer engeren Kooperation mit der YPG unterstützen könnte. Das U.S. Central Command, dem die Koalitionsoperationen in Syrien und im Irak unterstehen, arbeitet bereits eng mit der YPG zusammen und ist nicht gewillt, sich von genau der Gruppe zu lösen, die man für die effektivste Kampfeinheit vor Ort hält. Pompeo will, dass die Vereinigten Staaten selbstbewusster in Syrien auftreten. Wenn er den Rat des CENTCOM befolgt und weiter eng mit der YPG zusammenarbeitet, um dieses Ziel zu erreichen, werden sich die Beziehungen zwischen der Türkei und den USA nicht verbessern.

Weitere Komplikationen nach dem gescheiterten Staatsstreich

Die amerikanische Partnerschaft mit der YPG ist nur eins von vielen Problemen, die die bilateralen Beziehungen belasten. Im Sommer 2016 versuchte ein Teil des türkischen Militärs, die Regierung Erdoğan zu stürzen. Die Regierungspartei gab dem seit den 1990er Jahren im selbstgewählten amerikanischen Exil lebenden islamischen Prediger Fethullah Gülen sowie seinen Unterstützer_innen innerhalb des Militärs die Schuld. Wenige Stunden nach dem Putschversuch verlangte Präsident Erdoğan die Auslieferung Gülens an die Türkei, was die Krise im bilateralen Verhältnis weiter verschärfte.

Grundsätzlich sind die USA laut einem 1979 geschlossenen Auslieferungsvertrag verpflichtet, eine Person auszuliefern, die an einem Mord, einer Verschwörung oder einem versuchten Mord eines Staatsoberhauptes beteiligt

ist (Bob 2016). Der Vertrag sieht jedoch eine Ausnahme vor, die den USA die Verweigerung einer Auslieferung erlaubt, wenn die angeführten Beweismittel für das Verbrechen politisch motiviert scheinen. Nach dem Auslieferungersuchen der Türkei forderten amerikanische Offizielle objektive Beweise für eine Beteiligung Gülens an dem Putschversuch. Wenn nach Vorlage dieser Beweismittel dann das amerikanische Außenministerium gemeinsam mit dem Justizministerium festgestellt hätte, dass das Delikt auch in den USA strafverfolgt würde, wäre der Fall dem Bezirksgericht im mittleren Gerichtsbezirk des Bundesstaats Pennsylvania überstellt worden. Bei einer gerichtlichen Ablehnung des Auslieferungersuchen wäre Gülen frei und könnte in den USA verbleiben. Im Falle einer Verhandlung hätten seine Anwälte versuchen können, eine unmittelbare Abschiebung durch Berufung bei einem Bundesgericht zu verhindern. Die Entscheidung über eine Auslieferung trafe dann letztlich der Außenminister; gegen eine derartige Exekutivanordnung könnte jedoch Beschwerde eingelegt werden.

Bislang hat die Türkei keine Beweismittel vorgelegt, die vor amerikanischen Gerichten Bestand hätten. Darüber hinaus gibt es weitere Hindernisse, die einer Auslieferung entgegenstehen. Bilder von gefolterten Gefangenen, die der Beteiligung am Putschversuch bezichtigt wurden, sowie Bedenken an der Rechtsstaatlichkeit der Türkei stellen den Außenminister vor ein Dilemma. Angesichts der Tatsachen, dass Gülen und die jetzige Regierungspartei einmal enge Verbündete waren, und dass Präsident Erdoğan den gescheiterten Staatsstreich als Vorwand genutzt hat, seine Kritiker zum Schweigen zu bringen, könnte man das Auslieferungersuchen als politisch motiviert betrachten.

Im Februar entwarfen die Türkei und die USA einen gemeinsamen Mechanismus zur Lösung bilateraler Probleme, wozu auch die Frage der Auslieferung Gülens gehört (Erkuş 2018). Fachleute erwarten hier jedoch kaum einen Durchbruch.

Die Geiseldiplomatie der Türkei

Der gescheiterte Staatsstreich führte zu weiteren Problemen in den bilateralen Beziehungen. Die türkische Regierung entließ und inhaftierte zehntausende Personen, einschließlich Militärs, Polizeiangehörige, Richterinnen und Richter sowie andere, denen Beteiligung am

Putschversuch nachgesagt wurde. Unter den Inhaftierten befanden sich auch rund ein Dutzend Amerikanerinnen und Amerikaner, darunter ein Prediger sowie Beschäftigte der US-Mission in der Türkei. Nachdem im letzten Jahr ein amerikanischer Konsultatsmitarbeiter in Istanbul wegen angeblicher Verbindungen zu Gülen festgenommen wurde, suspendierten die USA ihr Visa-Programm und brachten dadurch die bilateralen Beziehungen auf einen neuen Tiefstand. Die Türkei revanchierte sich entsprechend.

Die Türkei hat Geiseln als Faustpfand in ihren Bestrebungen um eine Auslieferung Gülens benutzt. Besondere Besorgnis erregt in der Regierung Trump der Fall des inhaftierten christlichen Missionars Andrew Brunson, der seit über 20 Jahren in der Türkei lebt. Brunson war 2016 wegen angeblicher Spionage und Unterstützung von Gülen sowie der PKK inhaftiert worden. Im Falle einer Verurteilung drohen ihm bis zu 35 Jahre Gefängnis.

Sowohl Präsident Trump als auch Vizepräsident Mike Pence haben persönlich an Präsident Erdoğan appelliert, Brunson freizulassen. Präsident Trump hatte sich bis vor kurzem mit öffentlicher Kritik an der Türkei zurückgehalten. Nach der gerichtlichen Anhörung des Predigers allerdings kritisierte Trump die Türkei scharf für das Verfahren und twitterte, Brunson werde »in der Türkei ohne jeden Grund verfolgt«.

Amerikanische Kongressabgeordnete forderten Sanktionen als Vergeltungsmaßnahme. Einige schlugen vor, die geplante Auslieferung von F-35-Kampfflugzeugen an die Türkei auszusetzen. In einem offenen Brief an Präsident Erdoğan bezeichnete eine parteiübergreifende Gruppe von 66 Senatorinnen und Senatoren die Anklage als »absurde Ansammlung anonymer Beschuldigungen, Fantasmen und willkürlichen Verleumdungen« (Gauthier-Villars 2018).

Trotz steigenden Drucks aus den USA bestätigte ein türkisches Gericht kürzlich die Untersuchungshaft für Brunson und vertagte die Verhandlungen auf den 18. Juli.

Erdoğan's Bodyguards greifen Demonstrierende in Washington an

Einen weiteren Tiefpunkt erreichten die Beziehungen, als Bodyguards des türkischen Präsidenten während

eines Besuchs im letzten Jahr auf Demonstrierende in Washington losgingen und dadurch großes mediales Echo auslösten. Bewaffnete Sicherheitsleute Erdoğan's wurden dabei gefilmt, wie sie pro-kurdische Protestierende, darunter amerikanische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, außerhalb der Residenz des türkischen Botschafters in Washington brutal attackierten, während der Präsident zusah (Fandos 2017). Der Zwischenfall löste sowohl im Außenministerium als auch bei Kongressabgeordneten vehemente Reaktionen aus. Ein Senatsausschuss genehmigte eine Maßnahme, die der amerikanischen Regierung die Unterstützung des Verkaufs von Waffen an Erdoğan's Sicherheitskräfte untersagte (WSJ Editorial Board 2017). Das Außenministerium verurteilte die Angriffe. Der republikanische Senator John McCain (Arizona) twitterte: »Dies sind die Vereinigten Staaten von Amerika. So etwas tut man hier nicht. Ein derart grobschlächtiges Benehmen ist unentschuldigbar« (Nelson 2017).

Vielen Menschen in den USA führte dieser Zwischenfall vor Augen, wie rücksichtslos Erdoğan's Regierung geworden ist. Je mehr Reportagen über in der Türkei inhaftierte Landsleute veröffentlicht wurden (darunter der 50-jährige Missionar Brunson aus Black Mountain in North Carolina), umso bekannter wurde Erdoğan's Name auch in der amerikanischen Allgemeinbevölkerung. Seine dezidiert anti-amerikanische Rhetorik und der zunehmende Autoritarismus in der Türkei wurden selbst von der amerikanischen Popkultur aufgegriffen: In der amerikanischen Politserie »Designated Survivor« wird der türkische Präsident als Diktator dargestellt, der seine Gegnerinnen und Gegner notfalls mit Gewalt zum Schweigen bringt.

Erneut zog Präsident Erdoğan die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich, als ein türkisch-iranischer Goldhändler sich im letzten Herbst vor einem Gericht in Manhattan unter anderem schuldig bekannte, an einer Verschwörung zur Umgehung der US-Sanktionen gegen den Iran beteiligt gewesen zu sein. Die Gerichtsverhandlung förderte Beweismittel zutage, die Korruption in der türkischen Regierung sowie in Bankenkreisen offenlegte – was von Ankara aufs schärfste kritisiert wurde.

Die Verurteilung eines türkischen Bankiers in New York belastete die Beziehungen weiter. Im Januar wurde der frühere stellvertretende Generaldirektor der staatlichen Halkbank von einem Bundesgericht in Manhattan für

schuldig befunden, dem Iran zur Umgehung amerikanischer Sanktionen zu verhelfen. Das Urteil könnte für die Bank zum Problem werden. Sollte die US-Regierung ein Fehlverhalten konstatieren, könnte sie Strafzahlungen verhängen oder der Bank den Zugang zum amerikanischen Finanzsystem verweigern (Farrell/Berthelsen 2018). Präsident Erdoğan kritisierte das Urteil und bezeichnete die Beweismittel als fabriziert.

Aus geopolitischem Interesse hatten die Vereinigten Staaten lange Zeit die Augen vor dem autoritären Schwenk der Türkei verschlossen. Die Ereignisse der vergangenen Jahre machen es unmöglich, die Rückschritte in der demokratischen Entwicklung des Landes weiter zu ignorieren. Der jährliche Menschenrechtsbericht des Außenministeriums fiel dementsprechend scharf aus und kritisierte die Türkei für zunehmende Folter in Gefängnissen, unmenschliche Haftbedingungen und Unterdrückung der Meinungs- und Redefreiheit. Des weiteren sind sich die amerikanischen Kongressparteien einig, Erdoğan's Politik nicht mehr hinzunehmen, und Fälle wie der des Predigers Brunson erhöhen den Druck auf die Regierung Trump, gegenüber der Türkei einen harten Kurs zu verfolgen.

Partnerschaft zwischen Türkei und Russland bereitet USA Sorge

Inmitten der sich verschlechternden Beziehungen mit ihrem NATO-Verbündeten hat die Türkei damit begonnen, eine engere Bindung an Russland zu suchen. So verkündete Ankara kürzlich den Abschluss von Verhandlungen über eine Bestellung des russischen Luftverteidigungssystems S-400. Amerikanische Offizielle warnten, dass die Verwendung eines russischen Verteidigungssystems durch die Türkei die Kommunikation der NATO kompromittieren und zu Interoperabilitätsproblemen führen könnte.

Zu einem Zeitpunkt, da das Verhältnis zwischen NATO und Russland angespannt ist, gilt die Entscheidung der Türkei als Brückierung des Bündnisses. Wess Mitchell, Abteilungsleiter im US-Außenministerium, brachte kürzlich die Möglichkeit von Sanktionen ins Spiel, sollte die Türkei auf die Beschaffung des russischen Systems bestehen. Ferner könnte die Maßnahme negative Auswirkungen auf die Teilnahme der Türkei am F-35-Programm haben (The Region 2018).

Die militärische Zusammenarbeit zwischen den beiden NATO-Partnern ist bereits reduziert worden. Die Kampfoperationen der amerikanischen Luftwaffe am Stützpunkt Incirlik wurden zurückgefahren und ein Geschwader Bodenkampfflugzeuge wurde nach Afghanistan abgezogen, womit nur noch Tankflugzeuge in Incirlik verbleiben (Tisdall 2018). Die Spannungen im türkisch-amerikanischen Verhältnis und die enger werdende Beziehung zwischen der Türkei und Russland haben dazu geführt, dass bereits die Suche nach einer Alternative zum Luftstützpunkt Incirlik gefordert wurde (Bipartisan Policy Center 2018).

Auch in Syrien bemüht sich Ankara um eine engere Anbindung an Moskau, wodurch die USA ihre Interessen vor Ort unterminiert sehen. Die Türkei ist zusammen mit Russland und dem Iran Teil des so genannten Astana-Trios. Durch den Astana-Prozess wurden diese drei Länder zu den wichtigsten externen Akteuren vor Ort und in den diplomatischen Bemühungen um eine Beendigung des Krieges, zu Lasten der USA. So wurden in Syrien Deeskalationszonen eingerichtet, die die Macht des Assad-Regimes de facto konsolidiert und damit der amerikanischen Politik eines Regimewechsels einen Rückschlag versetzt haben. In seinen Bemühungen, den amerikanischen Einfluss in Syrien zurückzudrängen, gab Russland grünes Licht für einen türkischen Einmarsch in Syrien, wodurch der Kampf der USA gegen den IS behindert und mit der YPG der einzige amerikanische Verbündete vor Ort geschwächt wurde.

In der Energiepolitik verfolgen die Türkei und Russland ebenfalls gemeinsame Ziele. Russland baut derzeit das erste türkische Atomkraftwerk; Gazprom hat mit dem Bau der TurkStream Gas-Pipeline begonnen, die unter dem Schwarzen Meer verlaufen und russisches Erdgas nach Europa transportieren soll (Winter 2017).

An den enger werdenden Beziehungen der Türkei zu Russland hat sich in Washington eine Debatte darüber entzündet, ob die Türkei sich dem westlichen Bündnis noch verpflichtet fühlt. Vielerorts ist man der Meinung, dass der Schwenk der Türkei weg vom Westen in Richtung Russland (Erdemir/Tahiroğlu 2017) die amerikanische Politik hintergehe und dass es an der Zeit sei, in den Beziehungen zu Ankara das Entgegenkommen einzustellen und eine härtere Gangart einzuschlagen.

Der Weg in die Zukunft

Die Beziehungen zwischen der Türkei und den USA waren immer von Hochs und Tiefs geprägt. Ein Schreiben Lyndon B. Johnsons aus dem Jahr 1964 versetzte dem bilateralen Verhältnis den ersten Schlag und schuf die Grundlage für antiamerikanische Stimmungen in der Türkei. In einem streng formulierten Brief warnte Präsident Johnson den türkischen Premierminister İsmet İnönü seinerzeit, dass die NATO die Türkei bei einem Eingreifen in den zypriotisch-griechischen Konflikt und einer militärischen Reaktion der Sowjetunion nicht verteidigen würde. Zehn Jahre später erschütterte eine weitere Krise das Verhältnis, als der amerikanische Kongress 1974 als Reaktion auf die türkische Intervention in Zypern ein Waffenembargo gegen die Türkei verhängte. Ein erneuter Rückschlag erfolgte 2003, als das türkische Parlament eine Bitte der Vereinigten Staaten ablehnte, aus der Türkei Angriffe gegen den Irak fliegen zu dürfen. Einige Monate später nahmen US-Truppen im Nordirak elf türkische Soldaten fest, die verdächtigt wurden, einen Anschlag auf einen kurdischen Gouverneur geplant zu haben. Dieser Zwischenfall, der in der öffentlichen Erinnerung in der Türkei nach wie vor hoch präsent ist, wurde zu einem Wendepunkt in den bilateralen Beziehungen.

Bei all diesen Ereignissen waren es immer die regierenden Mitte-Rechts-Parteien sowie das türkische Militär gewesen, die die Beziehungen wieder in ruhigere Bahnen geführt hatten. Die Anführer des Militärputsches von 1980 stellten sich als Retter der Beziehungen heraus, die in der Folge von 1964 und 1974 großen Schaden genommen hatten. Für sie war die türkisch-amerikanische Partnerschaft zu wichtig, um sie zerbrechen zu lassen. Der Vorsitzende der Mutterlandspartei (ANAP), Turgut Özal, der nach dem Staatsstreich ins Amt kam, förderte ebenfalls eine engere Anbindung an die Vereinigten Staaten. Trotz erneuter Spannungen im Jahr 2003 unternahm auch die regierende Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) sowie der 2008 zum Generalstabschef ernannte İlker Başbuğ Schritte, um die Beziehungen zu verbessern. Başbuğ stellte klar, dass eine starke Bindung an die NATO und die USA für ihn wesentliche Bestandteile der nationalen türkischen Sicherheitsinteressen seien. Unter seiner Führung verbesserte sich auch die militärische Partnerschaft (Larrabee 2010). Auf der anderen Seite gab es auch in Washington Kreise, die eine Normalisierung der Beziehungen mit der Türkei forderten.

Derartige Stimmen existieren heute nicht mehr. Der Anti-amerikanismus eint mittlerweile die türkische Rechte wie Linke, Regierungs- wie Oppositionsparteien. Präsident Erdoğan macht sich antiamerikanische Ressentiments in der Bevölkerung zunutze und befeuert sie zeitweilig sogar; im türkischen Militär ist der Anti-amerikanismus fest verwurzelt, seitdem die USA mit dem syrischen Ableger der PKK kooperieren. In Washington gibt es zwar noch Stimmen, die zu einer Normalisierung der Beziehungen mit der Türkei aufrufen, aber die Rufe nach einer härteren Gangart sind lauter.

Weitere Probleme könnten in Zukunft drohen. Die Entscheidung Präsident Trumps, das Atomabkommen mit dem Iran aufzukündigen und Sanktionen wieder einzuführen, wird sehr wahrscheinlich einen weiteren Keil zwischen Ankara und Washington treiben. Aufgrund ihrer engen Beziehungen in Handel und Energie sowie der negativen Erfahrungen aus früheren Sanktionsregimes hat sich die Türkei stets gegen unilaterale Sanktionen gegen den Iran ausgesprochen. Präsident Trumps Entscheidung stellt die Türkei vor ein Dilemma und könnte weiteren Sprengstoff für die türkisch-amerikanischen Beziehungen bergen.

Neben all diesen Problemen im bilateralen Verhältnis liegt die Türkei mittlerweile auch mit US-Verbündeten in der Region über Kreuz. Dies verengt auch den Spielraum für regionale Zusammenarbeit zwischen Ankara und Washington. Zwischen der Türkei und Ägypten ist das Verhältnis seit dem Sturz der von der Muslimbruderschaft getragenen Regierung Mursi frostig; auch zwischen der Türkei und Saudi-Arabien führte die türkische Unterstützung für die Muslimbrüder neben den engen Beziehungen des Landes zum Iran und Erdoğan's Unterstützung für Katar zu Spannungen. Aus ähnlichen Gründen stehen die Vereinigten Arabischen Emirate der Türkei kritisch gegenüber. Der jordanische König Abdullah II soll in einem vertraulichen Gespräch mit amerikanischen Offiziellen im Januar die türkische Regierung beschuldigt haben, die Einschleusung islamistischer Terroristen nach Europa ermöglicht zu haben und eine »radikalislamische Lösung« der Krisen im Nahen Osten zu befürworten. Auch die Beziehungen zum Irak sind angespannt. Die Anerkennung von Jerusalem als Hauptstadt Israels durch die Regierung Trump hat bestehende Spannungen zwischen der Türkei und Israel noch verschärft (Tol 2018).



In einem Treffen, das jüngst zwischen Außenminister Mike Pompeo und seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu stattgefunden hat, haben sich die beiden Staaten geeinigt, dass sich die von den USA unterstützten kurdischen Kampfeinheiten aus der nordsyrischen Stadt Manbij zurückziehen würden. Laut dieser Vereinbarung sollen nun Streitkräfte der beiden Länder in dem Gebiet patrouillieren (De Young/Cunningham 2018). Diese Abmachung scheint die Gemüter auf beiden Seiten etwas beruhigt zu haben, aber die Ruhe könnte von kurzer Dauer sein. Solange Präsident Erdoğan und seine nationalistischen Partner am Ruder sind, besteht wenig Aussicht auf eine Wiederaufnahme des Friedensprozesses mit den Kurden und ein Wiederaufleben der Rechtsstaatlichkeit. Dies erschwert auch eine Normalisierung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Ein Sieg der Opposition bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Juni könnte die Beziehungen leicht

verbessern, da die Opposition auf den Wiederaufbau der demokratischen Institutionen in der Türkei setzt, das Kurdenproblem lösen will und eine weniger aggressive Außenpolitik befürwortet.

Die derzeitigen Probleme zwischen der Türkei und den Vereinigten Staaten haben in den bilateralen Beziehungen zu erheblichen Rückschlägen und zur bislang schwersten Vertrauenskrise zwischen den beiden Bündnispartnern geführt. Angesichts divergierender Interessen und ohne Fürsprecher für eine Normalisierung auf beiden Seiten wird es sehr schwierig werden, die Beziehungen wieder auf Kurs zu bringen. Dies gilt besonders, wenn Erdoğan die nächsten Wahlen gewinnt. Beide Seiten scheinen sich bewusst zu sein, dass von der »Modellpartnerschaft« nicht mehr viel übrig ist und die Beziehungen sich weitgehend nur noch auf transaktionaler Ebene bewegen.



Literaturverzeichnis

- Bipartisan Policy Center** (2018): The Alternatives to Incirlik (o. D.); <https://bipartisanpolicy.org/incirlik-alternative-airbase/> (aufgerufen am 11.6.2018).
- Bob, Yonah Jeremy** (2016): Analysis: Can Turkey Make the US Extradite Accused Coup Planner Fethullah Gulen? in: *Jerusalem Post* (15.8.2016); <https://www.jpost.com/Middle-East/Analysis-Can-Turkey-make-the-US-extradite-accused-coup-planner-Fethullah-Gulen-464114> (aufgerufen am 11.6.2018).
- CNN** (2009): Obama says U.S, Turkey can be model for world, *CNN* (6.4.2009); <http://www.cnn.com/2009/POLITICS/04/06/obama.turkey/index.html> (aufgerufen am 11.6.2018).
- De Young, Karen und Cunningham, Eric** (2018): US and Turkey almost came to blows over this Syrian Town. A new deal may avert that, in: *The Washington Post* (5.6.2018); https://www.washingtonpost.com/world/us-and-turkey-almost-came-to-blows-over-this-syrian-town-a-new-deal-may-avert-that/2018/06/05/626f5fa2-68c0-11e8-a335-c4503d041eaf_story.html?noredirect=on&utm_term=.af320006616a (aufgerufen am 11.6.2018).
- Erdemir, Aykan und Tahiroğlu, Merve** (2017): Turkey's Drift from the West: From Transactionalism to Hostility, in: *War on the Rocks* (17.8.2017); <https://warontherocks.com/2017/08/turkeys-drift-from-the-west-from-transactionalism-to-hostility/> (aufgerufen am 11.6.2018).
- Erkuş, Sevil** (2018): Turkey-U.S. to convene a working group to fix bilateral disputes, in: *Hürriyet Daily News* (8.3.2018); <http://www.hurriyetdailynews.com/turkey-u-s-to-convene-a-working-group-to-fix-bilateral-disputes-128398> (aufgerufen am 11.6.2018).
- Fandos, Nicholas** (2017): In Video, Erdogan Watches as His Guards Clash With Protesters, in: *The New York Times* (18.5.2017); <https://www.nytimes.com/2017/05/18/us/politics/in-new-video-turkish-president-sits-through-violent-protest.html> (aufgerufen am 11.6.2018).
- Farrell, Greg und Berthelsen, Christian** (2018): Turkey's Halkbank Could Suffer From Ex-Banker's U.S. Conviction, *Bloomberg* (4.1.2018); <https://www.bloomberg.com/news/articles/2018-01-04/turkey-s-halkbank-could-suffer-from-ex-banker-s-u-s-conviction> (aufgerufen am 11.6.2018).
- Gauthier-Villars, David** (2018): U.S. Pastor Andrew Brunson Is Remanded in Custody in Turkey, in: *The Wall Street Journal* (7.5.2018); <https://www.wsj.com/articles/u-s-pastor-andrew-brunson-is-remanded-in-custody-in-turkey-1525721888> (aufgerufen am 11.6.2018).
- Larrabee, F. Stephen** (2010): Troubled Partnership: U.S.-Turkish Relations in an Era of Global Geopolitical Change. Santa Monica: The RAND Corporation; <https://www.rand.org/pubs/monographs/MG899.html> (aufgerufen am 11.6.2018).
- Nelson, Louis** (2017): State Department condemns violence by Erdogan security guards at D.C. protest, in: *Politico* (17.5.2017); <https://www.politico.com/story/2017/05/17/turkish-ambassador-residence-fight-238487> (aufgerufen am 11.6.2018).
- Perry, Tom und Coskun, Orhan** (2018): U.S.-led coalition helps to build new Syrian force, angering Turkey, *Reuters* (14.1.2018); <https://www.reuters.com/article/us-mideast-crisis-syria-sdf/u-s-led-coalition-helps-to-build-new-syrian-force-angering-turkey-idUSKBN1F300A> (aufgerufen am 11.6.2018).
- The Region** (2018): Turkey's Purchase of Russian S-400 may lead to sanctions, impact F-35 program – State Dept., in: *The Region* (19.4.2018); <http://theregion.org/article/13298-turkey-s-purchase-of-russian-s-400-may-lead-to-sanctions-impact-f-35-program-state-dept> (aufgerufen am 11.6.2018).
- Tisdall, Simon** (2018): Turkey's ever-closer ties with Russia leave US lacking key ally on Syria, in: *The Guardian* (11.4.2018); <https://www.theguardian.com/world/2018/apr/11/turkey-ever-closer-ties-with-russia-leave-us-lacking-key-ally-on-syria> (aufgerufen am 11.6.2018).
- Tol, Gönül** (2014): Washington-Ankara Tensions Will Shape Obama's Legacy in Turkey, *The Middle East Institute* (5.12.2014); <http://www.mei.edu/content/article/washington-ankara-tensions-will-shape-obama%E2%80%99s-legacy-turkey> (aufgerufen am 11.6.2018).
- (2017): Is Turkey Back to »Zero Problems« with Assad?, *The Middle East Institute* (13.9.2017); <http://www.mei.edu/content/article/turkey-back-zero-problems-assad> (aufgerufen am 11.6.2018).
 - (2018): Turkey Prepares for a Pompeo Problem, in: *The National Interest* (24.3.2018); <http://nationalinterest.org/feature/turkey-prepares-pompeo-problem-25039?page=2> (aufgerufen am 11.6.2018).
- Winter, Chase** (2017): Russia's Gazprom starts building TurkStream gas pipeline under Black Sea, *Deutsche Welle* (7.5.2017); <http://www.dw.com/en/russias-gazprom-starts-building-turkstream-gas-pipeline-under-black-sea/a-38746809> (aufgerufen am 11.6.2018).
- WSJ Editorial Board** (2017): Turkey still hasn't owned up to a vicious assault on American soil, in: *The Wall Street Journal* (17.9.2017); https://www.washingtonpost.com/opinions/turkey-still-hasnt-owned-up-to-a-vicious-assault-on-american-soil/2017/09/17/98c6e926-9963-11e7-b569-3360011663b4_story.html?utm_term=.de3899674cb0 (aufgerufen am 11.6.2018).



Über die Autorin

Gönül Tol leitet das Zentrum für Türkeistudien am *Middle East Institute* in Washington, DC. Zudem unterrichtet sie am Institut für Nahoststudien an der George Washington Universität.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Westeuropa/Nordamerika |
Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Michèle Auga, Leiterin des Referats Westeuropa / Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil>
www.facebook.com/FESWesteuropa.Nordamerika

Aus dem Englischen von Bianca Walther.

Bestellung/Kontakt hier:
FES-WENA@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Das FES-Büro in Washington, DC

Zentrales Ziel der Arbeit des Büros ist die Förderung des transatlantischen Dialogs im Sinne sozialdemokratischer Werte und Ideen. Mit unseren Programmen wollen wir deutsche und europäische Debatten mit US-amerikanischen und kanadischen verknüpfen. Darüber hinaus liegt es in unserem Interesse, Partner und Entscheidungsträger aus dritten Regionen in einen Dialog mit einzubinden, um Ideen und Lösungsansätze für gemeinsame Herausforderungen zu entwickeln. Zu diesen Regionen und Ländern gehören der Nahe und Mittlere Osten, Afghanistan, Russland und die Türkei.

Ein weiteres wichtiges Element unserer Arbeit ist der Aufbau und die Pflege von transatlantischen Netzwerken zwischen politischen Entscheidungsträgern, Vertretern von Think Tanks, Universitäten, Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die inhaltlichen Projektschwerpunkte des Büros liegen in den Bereichen Demokratieförderung und Konflikttransformation, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, Minderheiten und Integration, Energie- und Klimapolitik sowie Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen.

Friedrich Ebert Foundation
1023 15th Street, NW | Suite 801
Washington, DC 20005

Tel.: +1-202-408-5444
Fax: +1-202-408-5537
Email: fesdc@fesdc.org
<http://www.fesdc.org>

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.